

PUBLIC ADDRESS / ACTION PRESS

Präsident Déby, Kanzlerin Merkel in Berlin
„Eine gemeinsame Geschichte mit Afrika“

„Wir haben euch gewarnt“

Tschad Präsident Idriss Déby Itno macht Europa für das Erstarken der Terrororganisation Boko Haram verantwortlich und fordert eine neue Strategie zur Befriedung Libyens.

Déby, 64, gehört zu den einflussreichsten Staatschefs Afrikas. Er herrscht seit 1990 über den Tschad, nachdem er einen Aufstand gegen den damaligen Präsidenten anführte, und war ein Verbündeter des libyschen Diktators Muammar al-Gaddafi. Zurzeit ist er Vorsitzender der Afrikanischen Union.

SPIEGEL: Herr Präsident, Sie haben diese Woche in Berlin Angela Merkel getroffen. Die Bundesregierung macht Afrika zu einem Schwerpunkt der Außenpolitik, um Flüchtlingsströme zu verhindern. Was haben Sie konkret vereinbart?
Déby: Es ist das erste Mal seit unserer Unabhängigkeit, dass ein Präsident des Tschad nach Deutschland eingeladen wird, eine große Ehre. Deutschland hat eine gemeinsame Geschichte mit Afrika, Sie wissen sicherlich, um welche Art historische Vergangenheit es sich da handelt …
SPIEGEL: … Sie sprechen von der Kolonialzeit und dem Zweiten Weltkrieg?
Déby: Ich rede nicht nur davon, sondern auch von den bekannten deutschen Afrikaforschern des 19. Jahrhunderts. Heute verfolgen wir mit Interesse die Rückkehr Deutschlands auf das politische Parkett. Sie unterstützen uns im Kampf gegen Terroristen. Wir haben über diese und alle damit zusammenhängenden Fragen gesprochen: das Drogenthema, die Wirtschaftskrise in Afrika und die Konsequenzen für die Bevölkerung, den Terror, die Vertreibungen. Deutschland nimmt innerhalb Europas mit die meisten afrikanischen Migranten auf.
SPIEGEL: Als Nachbarland von Nigeria sind Sie stark von der islamistischen Terrororganisation Boko Haram betroffen. Sie haben eine internationalen Kampfgruppe gegen sie zusammengestellt. Wie lässt sich wieder Stabilität herstellen?
Déby: Die Länder um den Tschadsee haben große Anstrengungen unternommen, sich den Terroristen entgegenzustellen. Diese Einheit, die aus 8700 Kämpfern aus dem Tschad, Kamerun, Niger, Nigeria und Benin besteht, hat Boko Haram deutlich geschwächt. Dennoch können wir nicht sicher sein, dass sie nicht morgen wieder in unsere Dörfer einfallen.
SPIEGEL: Haben Sie genug getan, um die Ursachen für den Erfolg von Boko Haram zu bekämpfen?
Déby: Unsere Regierung hat exzellente Arbeit geleistet. Seit 2014 hat der Tschad 300 Soldaten im Kampf gegen den Terror verloren. Man sollte nicht vergessen, dass die Ursachen unserer Unruhen in Libyen liegen. Die Waffen kommen von dort, die Ausbildung findet dort statt. Boko Haram hat ein Bündnis mit dem „Islamischen Staat“.
SPIEGEL: Boko Haram war aber schon vor 2011 aktiv.
Déby: Solange Libyen ohne Lösung bleibt, wird es auch bei uns keinen Frieden geben.
SPIEGEL: Wie genau funktioniert diese Kooperation von Terroristen in Ihren Nachbarländern Libyen und Nigeria?
Déby: Wir sahen diese Bedrohung kommen, seitdem der Krieg in Libyen begann. Wir warnten die internationale Staatengemeinschaft. Sie haben nicht auf uns gehört. Gaddafi wurde getötet, und dann überließ man Libyen irgendwelchen Bewaffneten, ohne Regierung, ohne Institutionen. Bitte sehr! Wir haben jetzt den Schaden, und Afrika muss damit leben.
SPIEGEL: Gaddafi fiel einem Aufstand von großen Teilen seiner eigenen Bevölkerung zum Opfer. Wer ist also verantwortlich?
Déby: Es war nicht der afrikanische Kontinent, der sagte, wir müssen Libyen überfallen. Jetzt muss Europa auch seiner Verantwortung ins Auge sehen und den Ländern helfen, die niemals zuvor Terrorismus kannten. Wir haben die Ländergruppe der „Fünf“ gegründet: Niger, Burkina Faso, Mali, Mauretanien und der Tschad. Wir kämpfen gemeinsam gegen die Drogen und gegen den Menschenhandel, der sich ausgebreitet hat.
SPIEGEL: Sie sind auch Vorsitzender der Afrikanischen Union. Der Tschad unterstützt in Libyen nicht die international anerkannte „Einheitsregierung“, sondern die Truppen von General Khalifa Haftar im Osten. Wie soll es da jemals Frieden geben?
Déby: Wir sind bereit, dem Uno-Sonderbeauftragten, Herrn Kobler, zu helfen …
SPIEGEL: … den Sie diese Woche ebenfalls treffen …
Déby: Libyen muss in einen Dialog treten. Warum sollte man einen Akteur ausschließen? Es gibt drei Regionen in Libyen. Man muss alle miteinbeziehen, eine solide Regierung einsetzen, nationale Streitkräfte aufstellen und die Milizen entwaffnen. Ihnen mag Haftar als Problem erscheinen, für mich ist er ein Teil der Lösung.
SPIEGEL: Können Sie Haftar zu Verhandlungen bewegen? Bisher empfängt er nicht mal den Sonderbeauftragten Kobler.
Déby: Auch Haftar muss den Dialog akzeptieren. Wir sind bereit, die Lösung mitzugestalten und unseren Teil der Verantwortung zu tragen. Die Afrikanische Union kann den Vereinten Nationen helfen, die libysche Krise zu lösen. Aber solange die Nachbarstaaten nicht konsultiert werden und jedes Land Europas seine eigenen Interessen verfolgt, geht gar nichts. Mit all den Konferenzen, die bisher stattfanden, in Italien, Paris, setzen Sie das Leid Libyens nur immer weiter fort.

Interview: Susanne Koelbl